

## Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung

Eine zentrale Erfahrung ist für Bürgerinnen und Bürger in Bremen, die Ideen und Vorschläge zur Stadtentwicklung einbringen wollen, die mangelnde Transparenz der kommunalpolitischen Entscheidungen. Eine ernsthafte Bürgerbeteiligung würde voraussetzen, dass es einen ergebnisoffenen Diskurs mit allen gesellschaftlichen Akteuren gibt. Zentrale Projekte werden aber im Hinterzimmer zwischen Politik, Verwaltung und Investoren ausgehandelt. An den dort erzielten Ergebnissen lässt sich durch eine formal durchgeführte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nichts ändern. Bürgerinitiativen zeigen häufig sinnvolle Lösungen bei umstrittenen Projekten auf. Politik und Verwaltung gehen darauf aber in aller Regel nicht ein. *Was werden Sie als Partei unternehmen, um die Bremer Bürger mit ihren Vorstellungen künftig bei solchen Vorhaben von Anfang an zu beteiligen, und zwar nicht nur formell, sondern inhaltlich?*

## Baumschutz

In der vergangenen Legislaturperiode sind so viele Bäume für Bau- und Verkehrsvorhaben abgeholzt worden oder sollen noch beseitigt werden wie nie zuvor. Trotz ihrer unverzichtbaren ökologischen Bedeutung werden Bäume leichtfertig im Zusammenhang mit Investorenprojekten geopfert. Das betrifft viele Vorhaben wie beispielsweise das Hochhauskonzept im Ostertorviertel. Bäume haben einen hohen ökologischen Nutzen in städtischen Gebieten. Bäume beeinflussen das Klima, verbessern die Luftqualität und speichern Wasser. Bäume sind in der Lage, Winde zu brechen und größere Niederschlagsmengen aufzunehmen oder zurückzuhalten. Die Luft ist in der Nähe von Bäumen kühler, sie mildern das Aufheizen von Gehwegen und Gebäuden. Das Laub der Bäume filtert die Atemluft und befreit sie von Staub und anderen Schmutzpartikeln. Blätter der Bäume absorbieren Kohlendioxid aus der Luft und wandeln sie in Kohlenhydrate um. In diesem Prozess nehmen Blätter auch andere Umweltgifte wie Ozon, Kohlenmonoxyd und Schwefeldioxid auf und geben dafür die entsprechende Menge Sauerstoff ab. Diese allgemein bekannten Tatsachen wurden von der Politik in Bremen immer wieder ignoriert.

*Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass solche Praktiken nicht mehr fortgesetzt, sondern die noch vorhandenen Bäume im Bremer Stadtgebiet vor dem Zugriff von Investoren geschützt werden?“*

## Der Baumschutz wurde beim Hochhausprojekt an der Kohlhöckerstraße vollkommen missachtet.

Hier wurden und werden etwa 50 Bäume nur deshalb beseitigt, weil das Vorhaben überdimensioniert ist.

Den vollständigen Wortlaut der Wahlprüfsteine können Sie auf unserer Homepage nachlesen. Dort werden Sie auch die Antworten der Parteien finden, wenn es welche geben sollte.

Wir werden sehen, ob und wie sich die angeschriebenen Parteien zu den Wahlprüfsteinen äußern werden. Wir werden keine Ruhe geben.

2023 wird, wie im vergangenen Jahr, wieder ein Tag der Bürgerinitiativen stattfinden, auf dem auch die Antworten der Parteien behandelt werden.

## Der diesjährige Tag der Bürgerinitiativen findet am 31. März 2023 im Haus der Bürgerschaft statt.

Die Bürgerinitiative „Kein Hochhaus im Viertel“ wird weiter für den Charakter und den Lebensraum des Viertels streiten, sich für die Interessen der Ostertorschen und der betroffenen Anwohner einsetzen und Maßnahmen wegen der Gentrifizierung und der sozialen Folgen des Hochhausprojektes begleiten.

An dieser Stelle sagen wir allen Dank, die uns als Bürgerinitiative mit Spenden unterstützen. Diese können wir für unsere vielfältigen Aktionen sehr gut gebrauchen. Bleiben Sie an unserer Seite.

**Wir werden Sie weiter informieren.  
Mit herzlichen Grüßen**

## **BI „KEIN HOCHHAUS IM VIERTEL“**

Wir sagen Ja zu einer viertelgerechten Bebauung

Spendenkonto:  
Fritz Rapp (Bürgerinitiative Kein Hochhaus)  
IBAN:DE13 2905 0101 0082 7120 92  
Verwendungszweck: BI Kein Hochhaus  
[www.keinhochhaus.org](http://www.keinhochhaus.org)

V.i.S.d.P.:  
Sabine Hummerich . Gertrudenstraße 26  
28203 Bremen



# Februar 2023

Liebe  
Viertelbewohnerinnen,  
liebe Viertelbewohner

Wie sieht es aus mit  
den Hochhäusern in  
der Kohlhöckerstraße?

**Die Landeszentralbank wurde abgerissen. Es ist uns als Bürgerinitiative nicht gelungen, dieses Vorhaben gerichtlich zu stoppen. Der Investor darf seine Hochhäuser bauen.**

Das Oberverwaltungsgericht hat nicht dem Klimabeschluss der Bürgerschaft entsprechend entschieden, auch Verfahrensfehler, Verstöße gegen das Baurecht und die völlig unzureichende Abwägung öffentlicher und privater Belange wurden nicht anerkannt, sondern der Bebauungsplan durch das Planungsermessen der Gemeinde als gedeckt angesehen.



Dass faktisch nicht die Gemeinde, sondern der Investor geplant hat, wurde nicht thematisiert und die Konsequenzen der extremen Verdichtung (**doppelt so viele Wohnungen als die eigentlich nach der Baunutzungsverordnung maximal erlaubten, 180 Wohnungen statt 90**) wurden nicht für relevant gehalten. Hochhäuser werden fast immer zu sozialen Störfaktoren oder Brennpunkten und die gestiegenen Baukosten dort werden die Mieten in die Höhe treiben. Hausbesitzer werden erfreut sein, Mieter leiden.

Die Verantwortung dafür liegt bei denjenigen, welche die zugrundeliegenden politischen Entscheidungen getroffen haben. Das sollte bei künftigen Wahlen im Gedächtnis behalten werden.

Wir kümmern uns als Bürgerinitiative darum, dass die Abbrucharbeiten nicht völlig aus dem Ruder laufen. Die Bürgerinitiative und Anwohner haben anlassbezogen bei der Gewerbeaufsicht und anderen Stellen immer wieder interveniert.

Das Baugeschehen im Ostertor ist in einen größeren Zusammenhang einzuordnen. Nicht nur wir im Viertel sind davon betroffen, dass Bremen die Stadtentwicklung weitgehend Investoren überlässt, deren Interesse nicht der Stadt, **sondern in erster Linie ihrer Rendite gilt**. Dass nicht nur die Kommunikation vom Investor, sondern auch die der verantwortlichen Politik mit den Anwohnern kontrovers verläuft, ist leider eine Tatsache. Was sollen wir Bremerinnen und Bremer davon halten?

In vielen Stadtteilen Bremens werden ähnliche Erfahrungen gemacht.

Deswegen haben sich 17 Bremer Bürgerinitiativen zusammengeschlossen und für die anstehenden Wahlen den Parteien CDU, SPD, Grüne, Linke und FDP Wahlprüfsteine vorgelegt, auf die Antworten erwartet werden. Diese Wahlprüfsteine betreffen auch unser Viertel.

Dazu Auszüge aus den *Wahlprüfsteinen* als Leseprobe:

#### **„Keine investorengesteuerte Stadtentwicklung“**

Das Instrument für eine investorengesteuerte Stadtentwicklung ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan. In solchen Fällen wird der Bebauungsplan nicht von der Gemeinde, sondern vom Investor entworfen, der die Planung bezahlt. Er stellt damit sicher, dass sein Projekt nach den eigenen Vorstellungen realisiert werden kann. In Bremen wird dieses Instrument leider dazu genutzt, dem Investor eine hohe Rendite z. B. durch Überschreitung baurechtlicher Nutzungsobergrenzen zu ermöglichen.

*Ist Ihre Partei dafür, dass die Entwicklung von Bebauungsplänen wieder originäre Aufgabe der kommunalen Bauverwaltung sein muss und Investoren nicht die Planung übernehmen dürfen, sondern ihre Bauprojekte sich in die kommunale Stadtplanung unter Einhaltung der vorgeschriebenen Ausnutzungsmöglichkeiten einzuordnen haben?*



#### **Umbau statt Neubau**

*Spricht sich Ihre Partei für das heute fachlich allgemein anerkannte Konzept Umnutzung vor Abriss aus?*

Für den Klimaschutz hatte der Bau im Bestand eine hohe Bedeutung. Bei vorhandenen Gebäuden müssen intelligente Umnutzungen und Revitalisierungen, Erweiterungen und Aufstockungen absoluten Vorrang vor Abriss und Neubau haben. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2050 die Treibhausgasneutralität zu erreichen – allein hierzulande beansprucht die gebaute Umwelt jährlich über 50% der verbrauchten Ressourcen und erzeugt über 50% des Abfalls. Bauen im Bestand bedeutet eine Reduktion des Flächenverbrauchs. Die im Gebäudebestand gebundene „Graue Energie“, die sich aus dem verbauten Material und den mit dem Bau verbundenen Transporten zusammensetzt, kann durch klimagerechte Anpassungen effizient und nachhaltig genutzt werden, während demgegenüber der Neubau von Gebäuden einen hohen Energieverbrauch und erhebliche Baustoffmengen erfordert. Diese Erkenntnisse sind bei dem Abriss des erst 35 Jahre alten Gebäudes der früheren Landeszentralbank im Ostertor und die an seiner Stelle geplante Hochhausbebauung vollständig ignoriert worden. Das vorhandene Gebäude hätte beispielsweise für die Universität Bremen genutzt werden können, womit auch eine Innenstadtbelebung verbunden gewesen wäre.

*Wird Ihre Partei an einer solchen schädlichen Abrisspolitik festhalten?*